



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 07.09.2021, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde, Stadthalle "Hufeisenfabrik",
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 08.06.2021
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Information zum Projektstand im Modellvorhaben "Meine Stadt der Zukunft"
 - 7.2. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

- 10.1. **Vorlage:** BV/0476/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Überleitung des Städtebauliches Vertrag Nr. 61-2019-16 vom 29.04.2020 auf die
BUWOG – Bauen und Wohnen Deutschland 2 GmbH
- 10.2. **Vorlage:** BV/0502/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 612
"Biesenthaler Straße 41"
- 10.3. **Vorlage:** BV/0500/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“
Behandlung der Stellungnahmen
Satzungsbeschluss
- 10.4. **Vorlage:** BV/0487/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Carl-von-Ossietzky-Straße
- 10.5. **Vorlage:** BV/0488/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Wiesenstraße
- 10.6. **Vorlage:** BV/0465/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE Eberswalde
Photovoltaik und Solaranlagen auf Dächern und Fassaden
- 10.7. **Vorlage:** BV/0490/2021 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim
Erarbeitung eines Vorschlages für eine Richtlinie zur Vergabe städtischer Grundstücke

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Mai begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU).

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Mai stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ASWU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der heutigen Sitzung sind 11 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 08.06.2021

Es werden keine Einwendungen zur Niederschrift vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Mai teilt mit, dass die von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen eingereichte Anfrage AF/077/2021 „Bearbeitungsstand von Konzepten im Stadtentwicklungsamt“ vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurde. Diese Anfrage wird somit Bestandteil der Tagesordnung und unter TOP 9.1 behandelt.

Abstimmung zur Tagesordnung: einstimmig beschlossen

Herr Krieg nimmt ab 18:19 Uhr an der Sitzung teil. Somit sind **12 Mitglieder** anwesend.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1 Herr Carsten Zinn, Frankfurter Allee 57, 16227 Eberswalde:

- erklärt sich damit einverstanden, dass seine personenbezogenen Daten mit in die Niederschrift aufgenommen werden

- fragt, ob es richtig ist, dass das Einkaufszentrum Heidewald verkauft wurde und ob es sich um den gleichen Eigentümer der Liegenschaft des ehemaligen „Specht“ handelt

Frau Fellner informiert, dass das Einkaufszentrum Heidewald verkauft wurde und dass es sich um ein von der Verwaltung begleitetes Projekt handelt, welches durch die Unterstützung und Förderung erfährt, weil eine Veränderung in der Eigentümerstruktur als dringend notwendig angesehen wurde. Sie führt weiter aus, dass der Verkauf erst kürzlich erfolgt ist, der Investor sieht vor, das Einkaufszentrum Heidewald zu erneuern und sobald Pläne erarbeitet wurden, die auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein dürfen, wird im ASWU entsprechend informiert. Derzeit sind bereits Brandschutzuntersuchungen durchgeführt worden und es wird geprüft, inwieweit das Gebäude technisch ertüchtigt werden kann.

- berichtet über die nicht akzeptablen Zustände im Bereich der Aufstellflächen für Altkleidercontainer und regt an, dass die Verwaltung mit den Betreibern diesbezüglich in Kontakt tritt und ggf. einen Betreiberwechsel anstrebt

Frau Fellner sagt zu, dass durch die Amtsleiterin des Bauhofs die Angelegenheit zur Prüfung mitgenommen wird.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Information zum Projektstand im Modellvorhaben "Meine Stadt der Zukunft"

Herr Dr. Mai begrüßt Herrn von Popowski, Complan Kommunalberatung GmbH, und beantragt das Rederecht für ihn.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig beschlossen

Frau Fellner informiert, dass aufgrund technischer Probleme die vorgesehene Videokonferenz mit Frau Schröder von der nexus Institut GmbH nicht stattfinden kann, Herr von Popowski aber ihren Part in der Präsentation übernehmen wird.

Frau Fellner stellt anhand einer PowerPoint Präsentationen den Ansatz der Verwaltung im Rahmen von Beteiligungsformen vor und Herr von Popowski informiert zum aktuellen Projektstand im Modellvorhaben „Meine Stadt der Zukunft“ (**Anlage 2**).

TOP 7.2

Sonstige Informationen

Frau Fellner:

- weist darauf hin, dass die neue Broschüre „Industriekultur Eberswalde – von der Wiege der Brandenburgisch-Preußischen Industrie zur wachsenden Stadt“ vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurde
- informiert, das vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburgs mitgeteilt wurde, dass Grenzüberschreitungen beim Feinstaub und anderen Schadstoffen in Eberswalde nicht mehr festgestellt wurden und damit die Fortschreibung des Luftreinhalteplan für die Stadt Eberswalde nach § 47 Abs. 1 oder 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz nicht mehr notwendig ist
- bezieht sich auf die von Herrn Zinn an die Verwaltung herangetragene Information, dass Mitglieder der Kleingartenanlage „Unter den Höllen“ in der Britzer Straße über ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, insbesondere von LKW, klagen und er in dem Bereich die Aufstellung eines Dialog-Displays anregt; sie informiert, dass es sich um eine bedeutende Landesstraße handelt, die die Verbindung zum TGE darstellt, dennoch wird vorgesehen, das Dialog-Display im November 2021 für ca. 4 Wochen in der Britzer Straße aufzustellen, um anschließend eine entsprechende Auswertung zu fertigen

Frau Köhler berichtet, dass gemäß der Entscheidung des ASWU zur Entwurfsplanung und des Baubeschlusses der Verkehrsanlage Weinbergstraße die Ausschreibung erfolgt ist, lediglich 2 Angebote eingereicht wurden, die mit ca. 700.000 Euro über der damaligen Kostenschätzung in Höhe von 1,2 Mio. Euro lagen und die Ausschreibung aufgehoben werden musste. Sie informiert, dass nach Prüfung auf mögliche Kostenreduzierung eine neue Ausschreibung zum Ende des Jahres vorgesehen ist.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, der Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 9.1

Anfrage: AF/0077/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen

Bearbeitungsstand von Konzepten im Stadtentwicklungsamt

Frau Leuschner antwortet kurz mündlich. Der Niederschrift ist die Anfrage AF/0077/2021 als **Anlage 3** und die schriftliche Beantwortung der Anfrage als **Anlage 4** beigefügt.

9.2. Herr Dietterle:

- berichtet, dass von Bürgerinnen und Bürgern von Ostend die Frage an ihn herangetragen wurde, ob die Verwaltung und auch die Stadtpolitik über die vorgenommene Änderung der Vorfahrtsregelung in verschiedenen Straßen informiert ist und wie dies zustande kam

Frau Fellner informiert, dass Verkehrsregelungen nicht mit der Stadtpolitik abgestimmt werden, weil es eine übertragene Aufgabe nach Weisung ist und diese der unteren Straßenverkehrsbehörde unterliegt. Damit entziehen sich solche Entscheidungen der Beschlussfassung durch die Stadtverordneten.

Frau Köhler erläutert, dass in Ostende einige Straßen mit Tempo 30 ausgeschildert waren, andere nicht und infolge einer Verkehrsschau alle Straßen in diesem Wohngebiet zur Vereinheitlichung mit der Zone 30 ausgewiesen wurden.

- fragt, ob der im Rahmen des Neubaus der Kyritzer Straße 17 entstehende Wasserspielplatz öffentlich zugänglich gemacht wird

Frau Fellner erläutert, dass die öffentliche Zugänglichkeit einer Abstimmung mit der Schul- und Hortleitung der Kyritzer Straße 17 erfordert und dabei eine Balance zwischen so viel zugänglich machen wie möglich und soweit schützen wie nötig zu finden ist.

- fragt nach dem aktuellen Stand des Vorhabens „Carree Heegermühle“, ob mit einer rechtzeitigen Fertigstellung zu rechnen ist und weist darauf hin, dass ansonsten für die Wintermonate eine Dämmwand zum Nachbargebäude in der Biesenthaler Straße zu errichten wäre; fragt, ob der Verwaltung bekannt ist, dass am 01.09.2021 der Zoll auf der Baustelle war und ob die Hintergründe bekannt sind

Frau Fellner bittet, sich diesbezüglich direkt mit Herrn Adam, Geschäftsführer der WHG Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG), in Verbindung zu setzen, da es ein Bauvorhaben der WHG ist. Die Verwaltung hat keine Kenntnis von der Begehung durch die Zollbeamten.

- fragt, ob zukünftig wieder Hybridsitzungen angeboten werden

Frau Fellner verweist auf den Hinweis im Einladungsschreiben zum ASWU. Sie erläutert, dass es um die Änderung des § 34, Abs. 1 a der Kommunalverfassung geht, in dem klar geregelt werden muss, dass Hybridsitzungen dauerhaft möglich sein sollen. Sie führt weiter aus, dass es derzeit keine ausreichend präzise Definition zur Umsetzung gibt, damit Hybridsitzungen auch rechtssicher durchgeführt werden können und die gefassten Beschlüsse in den politischen Gremien dann auch tatsächlich rechtsgültig sind. Die Verwaltung geht davon aus, dass sobald eine klare Interpretation der Kommunalverfassung vorliegt, die nicht eine Änderung der Geschäftsordnung erfordert, diese umgesetzt wird und zukünftig wieder Hybridsitzungen angeboten werden können.

Frau Fellner regt an, zukünftig Anfragen bzw. Detailfragen per E-Mail an die Verwaltung zu richten, so dass eine aussagekräftige Beantwortung vorbereitet und oder direkt erfolgen kann.

9.3 Herr Sandow:

- regt an, dass in einer der nächsten ASWU-Sitzungen über aktuelle Bauvorhaben berichtet wird

Die Verwaltung sagt dies zu.

- regt an, dass über die aktuellen Themen zum Finowkanal im ASWU berichtet wird

Frau Fellner wird sich hierzu mit dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Mai, abstimmen und prüfen, wann es zeitlich angemessen ist, Herrn Dr. Kopp, Vorstandsvorsteher Zweckverband Region Finowkanal, in den ASWU einzuladen.

- fragt nach dem aktuellen Stand zum Vorhaben „Friedrich-Ebert-Straße Süd“

Frau Fellner berichtet, dass die Verwaltung weiterhin in den Gesprächen mit dem Investor ist, insbesondere in Abstimmungen zur Nutzung der Erdgeschosse, weil die vorgesehenen Einzelhandelsflächen, die im Hinblick auf die Pandemie, angepasst werden müssen.

9.4 Frau Lösche:

- fragt, ob im Hinblick auf die Entstehung des Wohnquartiers in Bahnhofsnähe (Hufnagelquartier) die Errichtung eines Fußgängerüberwegs im Kupferhammerweg vorgesehen ist, um den Kindern und Eltern eine Sicherheit für die Überquerung der Straße zu bieten und ob zukünftig die Umleitung der LKW über die L237 entlang der Boldt-Straße in Planung ist

Frau Köhler erläutert, dass es sich beim Kupferhammerweg um eine Sammelstraße handelt, die deshalb mit Fördermitteln ausgebaut wurde und der LKW-Verkehr damit nicht umzulenken gilt. Darüber hinaus nimmt sie Bezug auf die Vorortbegehung mit Stadtverordneten, ASWU-Mitgliedern und weiteren Beteiligten und dass in dessen Ergebnis die Aufbringung eines Fußgängerüberweges geprüft und dass die Umsetzung aufgrund der Kurvenlage nicht

möglich ist, die Einhaltung der gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind und die komplette Straße Kupferhammerweg daraufhin mit 30 km/h ausgewiesen wurde. Eine Information darüber ist im ASWU erfolgt. Weiter teilt sie mit, dass im Ergebnis der Gespräche mit der Schulleitung vor Ort Maßnahmen zur besseren Einsehbarkeit für die Fußgänger umgesetzt wurden. Seitens des Ordnungsamtes werden kontinuierlich Geschwindigkeitsmessungen in diesem Bereich durchgeführt.

Herr Banaskiewicz:

- nimmt Bezug auf das Anliegen von Frau Lösche und informiert, dass er an der Vorort-Begehung und den Entscheidungen zur Verkehrsberuhigung im Kupferhammerweg beteiligt war; eine Umleitung des LKW-Verkehrs sieht es als nicht geeignet an, weil damit nur eine Umleitung in eine andere Straße erfolgt und die gleichen Probleme dann wieder auftreten

Herr Dietterle:

- regt an, eine Fußgängerbrücke im Kupferhammerweg zu errichten

9.5 Frau Wagner:

- fragt, wie im Rahmen von verkehrsbehördlichen Anordnungen die hausinterne Kommunikation zwischen der Verkehrsbehörde und dem Ordnungsamt funktioniert, sie bezieht sich dabei insbesondere auf temporäre Anordnungen, auf dessen Widerhandlungen das Ordnungsamt hingewiesen werden muss

Frau Köhler erläutert, dass die Zusammenarbeit zwischen Verkehrsbehörde und dem Ordnungsamt auch aufgrund der nun räumlichen Zusammenführung sehr gut funktioniert und Hand in Hand erfolgt. Hinweise auf Widerhandlungen werden entgegengenommen.

9.6 Herr Banaskiewicz:

- geht auf die Graffitibeschmutzungen am neuen Funktionsgebäude in der Waldsportanlage ein und regt an zu prüfen, ob eine Videoüberwachung zur Überwachung der Ordnung und Sicherheit installiert werden kann

Frau Fellner informiert, dass bereits Gespräche zum Vandalismus mit dem Sportverein geführt wurden und sie derzeit in Abstimmungen sind, welche Instrumente der Überwachung zum Einsatz gebracht werden sollen. Während der Sommerferien wurde bereits ein Wachdienst beauftragt und seitdem war kein weiterer Vandalismus zu verzeichnen, dies auch in Folge der Präsenz des Vereins nach den Sommerferien. Frau Fellner nimmt die Anregung der Videoüberwachung mit und wird sie in die Gespräche mit dem Verein einbringen.

- nimmt Bezug auf die unter TOP 9.2 von Herrn Dietterle gestellte Anfrage zur geänderten Vorfahrtsregelung in Ostend und berichtet, dass er über die Änderung in Kenntnis gesetzt wurde, regt aber an, dass bei der Umsetzung der geänderten Vorfahrtsregelung die Einsehbarkeit über die Eckgrundstücke geprüft und diesbezüglich Gespräche mit den Grundstücksbesitzern geführt werden sollten

Frau Köhler führt aus, dass die Besichtigungen bzgl. der Einsehbarkeit stattgefunden haben, ebenso die Gespräche mit den Grundstücksbesitzern, dennoch werden die Rückschnitte nicht kontinuierlich durchgeführt und müssen teilweise angemahnt werden. Dies nimmt sie zur Prüfung mit.

- regt an, dass die Sicherheit auf den Fußwegen noch intensiver durch das Ordnungsamt überprüft werden sollte

Die Verwaltung reicht die Anregung weiter an das Ordnungsamt.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/0476/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

**Überleitung des Städtebauliches Vertrag Nr. 61-2019-16 vom 29.04.2020
auf die BUWOG – Bauen und Wohnen Deutschland 2 GmbH**

Herr Dr. Mai begrüßt Herr Dr. Kühne, Geschäftsführer Interagila GmbH, Frau Weiß und Herrn Schwarz, BUWOG Bauträger GmbH, Frau Holborn, Vonovia Region Berlin Nord, und beantragt das Rederecht für Herr Dr. Kühne, Frau Weiß, Herrn Schwarz und Frau Holborn. Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig bestätigt

Herr Dr. Kühne informiert zum aktuellen Stand des Vorhabens „Schwärzeblick“ und dass für die Überleitung des Städtebaulichen Vertrages die BUWOG Bauträger GmbH gewonnen werden konnte. Frau Weiß stellt gemeinsam mit Herrn Schwarz die BUWOG Bauträger GmbH sowie das Bebauungskonzept und Frau Holborn die Vonovia Region Berlin Nord anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 5**) vor.

Im Ergebnis der Diskussion erläutert Frau Weiß, dass die BUWOG Bauträger GmbH den geltenden Städtebaulichen Vertrag übernimmt und dass nach den Detailabstimmungen und wenn die Planung so weit fortgeschritten ist, dass Klarheit darüber besteht, welche Eckpunkte mit der Stadt gesondert fixiert werden sollten, ggf. ein endgültiger gemeinsamer Nachtrag formuliert wird. Sie sagt zu, dass die vorgetragenen Nachhaltigkeitsaspekte mitgenommen und geprüft werden.

Herr Banaskiewicz:

- *fragt, ob der derzeit bestehende Städtebauliche Vertrag in seiner geltenden Fassung von der BUWOG Bauträger GmbH übernommen wird*

Frau Fellner bestätigt dies.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Überleitung des Städtebaulichen Vertrages Nr. 61-2019-16 vom 29.04.2020 auf die BUWOG – Bauen und Wohnen Deutschland 2 GmbH und stimmt dem Abschluss der als Anlage 1 beigefügten Zustimmungserklärung / Vereinbarung zum Wechsel des Investors zu.

TOP 10.2

Vorlage: BV/0502/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 612

"Biesenthaler Straße 41"

Frau Wagner:

- sieht die Verantwortung nicht auf Seiten der Verwaltung in Bezug auf die Rechtsnachfolge nach Verkauf und empfiehlt daher auf der Seite 8 des Durchführungsvertrages, § S 2 „Veräußerung der Grundstücke, Rechtsnachfolge“ den Abs. 4 zu streichen
- regt an, auf der Seite 3 des Durchführungsvertrages, im § V 1 „Beschreibung des Vorhabens“ Abs. 4 das Wort „Müllbehälter“ durch das Wort „Abfallbehälter“ zu ersetzen
- regt an zu prüfen, dass im Durchführungsvertrag der Beschlussvorlage BV/0502/2021 „Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“ die gleichen Formulierungen von: „eine Anlage mit einem Mehrfamilienhaus mit 9 Wohneinheiten und einem Einfamilienhaus“ auch im Satzungsbeschluss der Beschlussvorlage BV/0500/2021 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“, Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss“ übernommen werden; sie empfiehlt, eine einheitlich Wortwahl anzuwenden

Herr Grohs:

- stellt den Antrag, gemäß den Empfehlungen von Frau Wagner folgende Änderungen in der Beschlussvorlage vorzunehmen: auf der Seite 8 des Durchführungsvertrages, § S 2 „Veräußerung der Grundstücke, Rechtsnachfolge“ den Abs. 4 zu streichen, auf der Seite 3 des Durchführungsvertrages, im § V 1 „Beschreibung des Vorhabens“ Abs. 4 das Wort „Müllbehälter“ durch das Wort „Abfallbehälter“ zu ersetzen sowie eine einheitliche Formulierung im Satzungsbeschluss als auch im Durchführungsvertrag von „eine Anlage mit einem Mehrfamilienhaus mit 9 Wohneinheiten und einem Einfamilienhaus“ zu wählen

Abstimmungsergebnis zu dem Änderungsantrag: einstimmig bestätigt

Frau Leuschner sagt zu, die redaktionellen Änderungen gemäß den Anregungen von Frau Wagner und dem Antrag von Herrn Grohs vorzunehmen, so auch einheitliche Formulierungen aus dem Satzungsbeschluss in den Durchführungsvertrag zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage mit den Änderungen:

mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“ mit dem Vorhabenträger Herrn Thomas Hilbig zu.

TOP 10.3

Vorlage: BV/0500/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“

Behandlung der Stellungnahmen

Satzungsbeschluss

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Behandlung der Stellungnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander über die Stellungnahmen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“ in der Fassung vom 15.10.2020 entsprechend den in der beigefügten Synopse des Stadtentwicklungsamtes vom 05.07.2021 enthaltenen Beschlussvorschlägen.

2. Satzungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 612 „Biesenthaler Straße 41“ der Stadt Eberswalde in der Fassung vom 13.07.2021 gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung.

Die Begründung wird gebilligt.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit, die Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen und die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10.4

Vorlage: BV/0487/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Carl-von-Ossietzky-Straße

Herr Dr. Mai erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Frau Oehler übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt die Leitung der Sitzung.

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 14. ASWU-Sitzung am 13.04.2021 unter TOP 10.2 vorgestellte Beschlussvorlage BV/0398/201 „Vorplanung der Verkehrsanlage Carl-von-Ossietzky-Straße“ und der dabei gegebenen Anregung von Frau Wagner, Verweilplätze vorzuhalten. Sie informiert, dass geprüft wird, ob Sitzbänke in den Kreuzungsbereichen Schillerstraße und Goethestraße aufgestellt werden können und dies ggf. in die Ausführungsplanung einfließt.

Frau Fellner informiert, dass mit dem Vorsitzenden verabredet wurde, eine Bürgerinformation durchzuführen, die bei entsprechenden Witterungsverhältnissen bei ihm im Garten stattfinden kann, wenn das ausführende Bauunternehmen feststeht, um über Bauabläufe, Bauzeiten etc. zu berichten. Sollten die Witterungsbedingungen nicht gegeben sein, wird es ein Informationsschreiben für die Anwohnerinnen und Anwohner geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Carl-von-Ossietzky-Straße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.5

Vorlage: BV/0488/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Wiesenstraße

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Wiesenstraße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 10.6

Vorlage: BV/0465/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE Eberswalde

Photovoltaik und Solaranlagen auf Dächern und Fassaden

Herr Dr. Mai informiert, dass von der Fraktion SPD | BFE Eberswalde Austauschseiten zur Beschlussvorlage eingereicht und vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurden (**Anlage 6**).

Herr Herrmann informiert als Einreicher der Vorlage, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen die Vorlage mit erarbeitet hat und regt an Miteinreicher zu werden. Darüber hinaus erläutert er, dass die Hinweise, die von der Verwaltung zur 1. Lesung im ASWU am 08.06.2021 gegeben wurden, in den Austauschseiten der Beschlussvorlage eingearbeitet sind.

Frau Oehler:

- folgt dem Vorschlag von Herrn Herrmann, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen Miteinreicher der Vorlage wird und stellt den Antrag, dass das Wort „Dachbegrünung“ im Betreff der Beschlussvorlage aufgeführt wird; sie gibt den Hinweis, dass der Punkt 1 der Austauschseiten bleibt und nicht zu streichen ist

Herr Herrmann stimmt zu, den Betreff wie folgt zu ändern: „Photovoltaik- und Solaranlagen sowie Begrünung auf Dächern und an Fassaden“ als auch die Ziffer 1 unter TOP 1 zu belassen.

Herr Banaskiewicz:

- informiert, dass die Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim sich heute bei der Abstimmung zur Vorlage enthält und die Austauschseiten innerhalb der Fraktion bis zur Stadtverordnetenversammlung geprüft werden

Herr Grohs:

- teilt mit, dass er vorsieht, dass die Änderungen in den Austauschseiten vorerst innerhalb seiner Fraktion CDU zu diskutieren und sich ebenfalls bei der Abstimmung enthalten wird

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehend geänderte Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Verwaltung der Stadt Eberswalde wird entsprechend des Beschlusses zum Klimapaket vom 17.12.2019 beauftragt, auf allen neu zu errichtenden und zu sanierenden städtischen Dach-und/oder Fassadenflächen eine Begrünung sowie die Errichtung von Solarthermie oder Photovoltaik (PV)- Anlagen zu prüfen. Sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, erfolgt nach einer auf den jeweiligen Standort bezogenen Abwägung die Umsetzung von Begrünungen und/oder kombinierter oder alleiniger Solarthermischer oder PV-Anlagen entweder in Eigenregie oder durch geeignete Dritte. Bei zu sanierenden Dachflächen erfolgt die Installation der Anlagen unter Berücksichtigung der Baustatik und ggf. des Denkmalschutzes.
2. Die Gesellschaften, an denen die Stadt Eberswalde beteiligt ist, wie die Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) und die Technische Werke Eberswalde GmbH, werden aufgefordert, bei Neubauten und Erweiterungen von Gebäuden wie bei Dach- und Fassadensanierungen gleichfalls in verstärktem Maße Solarthermie- und/oder Photovoltaik-Anlagen zu errichten. Mietern der WHG soll der Zugang zur Eigenstromversorgung mittels so genannter steckerfertiger PV-Anlagen nach rechtlicher sowie bau- und sicherheitstechnischer Prüfung ermöglicht bzw. erleichtert werden.
3. Die Stadt stellt, sobald möglich, ein Dachkataster für die Errichtung von Solar- und PV-Anlagen zur Verfügung, um eine Erst-Information für Interessierte anzubieten sowie Potenziale für die Nutzung solarer Energie aufzuzeigen.
4. Eigentümer von Dächern privater Haushalte oder gewerblicher Liegenschaften sollen bei Neuerrichtung oder Dachsanierung aus Gründen des Klimaschutzes zum Einbau von solarthermischen oder Photovoltaik-Anlagen motiviert werden. Dazu sollen Information über digitale Kanäle, ein Beratungsangebot unterbreitet, sowie Fachplaner vermittelt werden.

5. Zur Unterstützung überarbeitet die Stadt Eberswalde den Leitfaden "Nachhaltiges Planen, Bauen und Sanieren in Eberswalde" hinsichtlich der Nutzung Erneuerbarer Energien mit besonderem Fokus auf Solarthermie und Photovoltaik.

TOP 10.7

Vorlage: BV/0490/2021

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim

Erarbeitung eines Vorschlages für eine Richtlinie zur Vergabe städtischer Grundstücke

Herr Dr. Mai informiert, dass von der Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim eine Austauschvorlage eingereicht und vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurde (**Anlage 7**).

Frau Jahn stellt in Folge dessen den Zeitplan zum Einheimischenmodell gemäß der (**Anlage 8**) der Niederschrift vor.

Abstimmungsergebnis zur Austauschvorlage: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehend geänderte Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung Eberswalde wird beauftragt einen Entwurf für eine Richtlinie zur Vergabe städtischer Grundstücke zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion und Entscheidung vorzulegen. Mit dieser Richtlinie sollen die Interessen von Familien und langjährigen Einwohnern der Stadt möglichst gestärkt werden. Die Verwaltung unterbreitet schnellstmöglich einen Vorschlag zu einem verbindlichen Zeitplan von der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Prozesses.

Herr Dr. Mai schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:35 Uhr.

Dr. Hans Mai
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Dr. Hans Mai

- **Stellvertreterin des Vorsitzenden**
Karen Oehler

- **Ausschussmitglied**
Frank Banaskiewicz
Sabine Büschel
Oskar Dietterle
Uwe Grohs
Götz Herrmann
Ronny Hiekel
Thomas Krieg
Katja Lösche
Heinz-Dieter Parys
Sebastian Walter

anwesend ab 18:19 Uhr

- **sachkundige Einwohner/innen**
Matthias Bohn
Regine Hartwig
Matthias Kluge
Thomas Kolling
Roy Pringal
Andreas Reichling
Riccardo Sandow
Peggy Siegemund
Karin Wagner
Hartmut Wittig
Fabian Wulf

entschuldigt
entschuldigt

- **Dezernent/in**
Anne Fellner

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Bodo Heinrich
vertreten durch Herrn Werner Voigt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Franziska Fiebig zu TOP 10.1

Katrin Heidenfelder

Birgit Jahn

Heike Köhler

Silke Leuschner

Beatrix Pohl zu TOP 10.1

- **Gästeliste**

Frau Sandra Holborn zu TOP 10.1

Herr Matthias Kühne zu TOP 10.1

Herr Schwarz zu TOP 10.1

Herr Matthias von Popowski zu TOP 10.1

Frau Eva Weiß zu TOP 10.1

Herr Carsten Zinn